

# Allgemeine Zeitung

VERLAG: MAINZ, GROSSE BLEICHE 33  
TELEFON-SAMMELNUMMER 4371

Ausgabe Kreis Bingen  
NEUER MAINZER ANZEIGER

REDAKTION: MARGARETENGASSE 3  
TELEFON-SAMMELNUMMER 4371

Nummer 51

Samstag, 14. Juni 1947

Preis 20 Pfennig

## Übergangs-Kabinet / für Rheinland-Pfalz

Knapp Mehrheit der CDU und der Demokraten — Endgültige Lösung vertrag

Koblenz (Südena) Ministerpräsident Dr. Boden gab auf der Nachmittags-Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Donnerstag bekannt, daß trotz eingehender Verhandlungen eine alle Parteien befriedigende Lösung noch nicht gefunden sei. Da das Land aber eine vorläufige Regierung nicht entbehren könne, berufe er ein Übergangskabinet. Diesem gehören folgende Minister an:

Ministerpräsident und Innenminister: Dr. Boden (CDU),  
Justiz und Kultus: Dr. Süsterhenn (CDU),  
Ernährung, Wirtschaft und Finanzen: Stübinger (CDU),  
Arbeit, Verkehr, Wiederaufbau u. Wohlfahrt: Junglas (CDU).  
Die Abgeordneten Dr. Hoffmann (SPD) und Müller (KPD) erklärten, daß ihre Parteien nicht in der Lage seien, dem Kabinet ihr Vertrauen auszusprechen, sie seien aber zu

weiteren Verhandlungen bereit. Abgeordneter Neumeier (Demokratische Partei) bekundete das Einverständnis seiner Fraktion zu der provisorischen Lösung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in absehbarer Zeit eine Regierung auf breiter Basis gebildet werden könne. Für die CDU sprach Abgeordneter Allmeier. Es betonte, daß die Übergangslösung notwendig sei, um den augenblicklichen Schwebzustand in der Verantwortlichkeit nicht zu verlängern. Die CDU sei nach wie vor bereit, auf breiter Grundlage an einer Regierung aller aufbauwilligen Kräfte mitzuarbeiten.

Die Abstimmung des Hauses ergab für das Übergangskabinet eine geringe Mehrheit, die sich aus den Abgeordneten der CDU und der Demokratischen Partei zusammensetzte. Das endgültige Kabinet soll auf Beschluß des Parlaments innerhalb von vierzehn Tagen gebildet werden.



Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Dr. Boden, (Vordergrund links) auf der Münchener Konferenz. (Südena-Bild)

### Die Eröffnungs-Sitzung

Ansprache des Generalgouverneurs

Koblenz. (Eigene Meldung). Der Landtag von Rheinland-Pfalz trat am Donnerstagnachmittag zu seiner Eröffnungssitzung zusammen. Der Generalgouverneur des Landes, H. de Bolsiambert, dankte in der Eröffnungsansprache für die Begrüßung und erklärte seine Bereitschaft zur Verständigung mitzuteilen, ebenso wie er feststellte, daß in den Nöten um die Ernährung die Kontrollbehörden den deutschen Stellen jederzeit zur Seite gestanden haben; Pflicht der Abgeordneten sei es nun, der Bevölkerung die augenblicklichen Schwierigkeiten objektiv mitzuteilen, ebenso wie sie verpflichtet seien, eine möglichst starke und vollkommene Organisation bei der Ablieferung und Zuteilung zu erreichen. Andererseits betrachte es die Militärregierung als ihre Aufgabe, bei dieser Arbeit weiterhin zu helfen.

Der Generalgouverneur verlas dann eine Erklärung des französischen Oberkommandierenden in Deutschland, General Koenig, und gab die Verfügung des Generaladjutanten für die französische Zone über die Vollmachten der Landesregierung bekannt, wie wir sie im Innern des Blattes wiedergeben.

Generalgouverneur de Bolsiambert betonte, daß Frankreich durch seine Vertreter in Deutschland eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen wolle. Mit zahlreichen Abgeordneten habe er schon gute Beziehungen und er sei bereit, diese zu verallgemeinern. Es gehe darum, weitherzig und ehrlich den Schwierigkeiten der Zeit zu begegnen und so das festes Fundament für einen dauernden Frieden zu schaffen.

Landtagspräsident Die! dankte für das Vertrauen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Parlament und Regierung die Militärregierung von der vollen Vertrauenswürdigkeit beider Gremien überzeugen und sie zur Übertragung weiterer Kompetenzen veranlassen würden. Schließlich äußerte er noch die Bitte um Erlass einer politischen und allgemeinen Amnestie, die dem Gedanken der Versöhnung und des demokratischen Wiederaufbaus sichtbaren Ausdruck verleihen soll.

würde eine Entschließung gerichtet, unverzüglich beschleunigte Maßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft und Sicherung der Ernährung zu ergreifen.  
Der Beginn der Nachmittagsitzung verzögerte sich durch die Verhandlungen zwischen den Parteien um eine Stunde. Bei Beginn der Sitzung nahm allein Ministerpräsident Dr. Boden am Ministeriellen Platz und ergriff sofort das Wort zur Abgabe einer Erklärung. Er ging von den Schwierigkeiten der Regierungsbildung aus und begründete damit und aus den rechtlichen Bedenken der Artikel 114 und 99 der Verfassung die Notwendigkeit zur Bildung eines Übergangskabinetts. Trotz langer Vorbereitungen sei es bei den jetzigen Verhandlungen nicht möglich gewesen, eine sofortige Lösung zu erreichen. Der Ministerpräsident wird die Verhandlungen jedoch weiterführen und alle Möglichkeiten erschöpfen, um in der nächsten Sitzung des Landtages die endgültige Regierung vor-



Landtagspräsident Jakob Die!

stellen zu können. Ministerpräsident Dr. Boden gab sodann die Namen der neuen Minister bekannt.

O.Z. Koblenz. (Eig. Meldung.) In der gestrigen Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz wurde auf Vorschlag der CDU der seitherige Ministerpräsident, Dr. Boden, mit 54 Stimmen der CDU, und der Demokratischen Fraktion gegen 38 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten zum Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz gewählt. Die sozialdemokratischen Minister Steffan (Inneres) und Röhle (Arbeit), der kommunistische Minister Felber (Wiederaufbau und Verkehr) und die CDU-Minister Dr. Haberer (Wirtschaft) und Dr. Lotz (Kultus) sind aus der Regierung ausgeschieden.

Zu Beginn der Vormittagsitzung wurde eine Ausdrucks einstimmig eine Wahlverordnung beschlossen, nach der in den neu angegliederten Orten ein Abgeordneter gewählt wird. Für die Dauer dieser Wahlperiode zahlt demnach der Landtag 11 Abgeordnete.

Ministerpräsident Dr. Boden gab anschließend einen kurzen Überblick über die Tagung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder, deren Verlauf bereits eingehend in der Presse gerühmt wurde. Er gab dabei seinem besonderen Bedauern über den Auszug der Minister der russischen Zone Ausdruck und verlas den Wortlaut der Schlussklärung der Ministerpräsidenten der vier großen Länder. Die wichtigsten Punkte der Abordnung, die beauftragt ist, die Münchener Beschlüsse dem Berliner Kontrollrat zu unterbreiten.

Nach der Wahl zum Ministerpräsidenten dankte Dr. Boden für das ihm geschenkte Vertrauen und bat um eine Unterbrechung der Sitzung, um sofort die Koalitionsverhandlungen mit den Parteien aufnehmen zu können.

Vorher gab der Abgeordnete Schmidt (SPD) als Berichterstatter des Ernährungsausschusses einen Überblick über die im Ausschuss gefaßten Beschlüsse, die sich auf die von Minister Stübinger bereits dargelegten ernsten Verhältnisse gründen. Als besonders dringlich wurde vom Ausschuss die Produktionsförderung angesehen und die Verzögerung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Maschinen und Düngemitteln, besonders mit Phosphat. Der Mangel an Saatgut geriet groß, daß allein in Rheinland rund hunderttausend Hektar unbesäet blieben mußten. An die Regierung

## Die Krise in Ungarn und Österreich

Tumult im Budapester Parlament — Kommunistische Forderungen in Wien

Budapest. (Südena) Die Donnerstags-Sitzung des ungarischen Parlamentes stand im Zeichen bewegter Debatten und endete mit Tumulten. Es kam zu Protesten der Oppositenvertreter in den Wandelgängen. Die überaus lebendige Verhandlung der Sitzung am nächsten Mittwoch.

Während der Sitzung selbst steigerte sich die bereits bestehende Spannung, als bekannt wurde, daß die Regierungserklärung über den Ratifikationsentwurf des ungarischen Friedensvertrages der Regierung die Ermächtigung gibt, Abkommen aller Art mit ausländischen Mächten ohne Rücksprache mit den Abgeordneten zu beraten und abzuschließen.

Ein Abgeordneter der rechtsstehenden Opposition und ein Parteiloser stellten fest, in Ungarn gebe es weder Pressefreiheit, noch Meinungsfreiheit. Während jeder Parlamentsleistung tiefen organisiert, bewaffnete und gut bezahlte Banden Unruhen hervor, die Abgeordneten, die sich das nicht gefallen ließen, würden als Feinde der Demokratie behandelt. Im ganzen Land herrsche nichts anderes als politischer Terror. Die Polizeimethoden seien außergewöhnlich hart. Gleichzeitig jedoch würden die Diskussionsredner den Wunsch nach einem guten Einvernehmen mit der Sowjetunion aus und warteten dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ferenc Nagy vor, er habe durch sein Doppelspiel dem Lande durch die Fährlichkeit der Ostens, wie auch des Westens zugezogen.

Ein anderer Redner wandte sich gegen die Durchführung neuer Wahlen vor der Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrages und lehnte vor allem das neue Wahlgesetz ab, das sogar den Familienheimlichen Faschisten das Wahlrecht nehme. Auch sei es untraglich, die jeweils amtierende Regierung alle drei bis vier Monate zu ermächtigen, das Land mit gesetzkräftigen Dekreten zu regieren.

### Rußland und Ungarn

England drängt auf Antwort

London. (DDP) Der britische Vertreter im alliierten Kontrollrat für Ungarn hat erneut um die Aushändigung der Dokumente gebeten, die zu dem Regierungswechsel in Budapest: geführt haben. Eine Unterredung, die der britische Botschafter in Moskau in der gleichen Angelegenheit mit dem sowjetischen Außenminister Molotow hatte, scheint negativ verlaufen zu sein.

### Wiener Zweckpolitik?

Auswirkungen auf die Londoner Konferenz  
Wien. (Reuter) Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß der kommunistische Abgeordnete Fischer dem Bundeskanzler Dr. Figl 1 bestimmte Forderungen gestellt habe, die von der russischen Regierung zur Bedingung für die Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Österreich

gemacht würden. Unter anderem seien verlangt worden: das Ausscheiden Dr. Figl, seines Stellvertreters Dr. Schert und des Außenministers Dr. Gruber aus der Regierung; Aufnahme aller demokratischen Elemente in die neue Regierung bis zur Abhaltung von Neuwahlen; Beendigung der sogenannten Zweck-Politik, wie sie die augenblickliche österreichische Regierung führe; wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarländern; Verständigungspolitik mit der Sowjet-Union und Gewähr für eine fünfjährige Amtszeit der neuen Regierung nach den allgemeinen Wahlen, ohne daß weitere Wahlen abgehalten würden.

Der britische Außenminister Bevin hat den englischen Vertreter bei der Viermächtekommission zur Vorbereitung des österreichischen Staatsvertrages, R. Andei, empfangen. Man ist in London der Meinung, daß die wachsende Regierungskrise in Wien die Aussichten auf irgend einen Fortschritt bei den Verhandlungen der Viermächtekommission schmälere. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums hat erklärt, falls die Sowjetunion tatsächlich die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages mit der augenblicklichen Wiener Regierung ablehne, werde dies zweifellos ernsthafte Rückwirkungen auf die kommende Londoner Außenministerkonferenz haben. England lehne jede ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs ab.

Man kann nicht gerade sagen, daß die Welt heute rosig aussieht. Der Himmel ist ringsum bewölkt. Die Temperatur ist kühl. Die Menschen, vornehmlich in Europa, ziehen sich ihre Wintermäntel an. Es fröstelt sie. Was liegt vor? Die Situation ist, wohin man auch blickt, gespannt. Vielleicht sogar noch ein bißchen mehr als gespannt. Politisch und wirtschaftlich. Wir sind stumme Zeugen einer weltpolitischen Auseinandersetzung, eines waffenlosen Machtkampfes zwischen Sowjetrußland und Amerika, deutlicher noch: zwischen Ost und West. Beide dieser Machtkolosse schieben ihre politischen Posten, offen oder verdeckt, Zug um Zug vor. Rußland versucht den Sicherheitsgürtel, den es um seine West- und Südwestgrenze gelegt hat, zu vervollständigen und womöglich abzuschließen, ehe durch die Ratifizierung mit den ehemaligen Vasallenstaaten des Nazi-Reiches endgültig, das heißt: politisch stabile Verhältnisse geschaffen werden. Nicht, daß Rußland die in Frage kommenden, äußerlich unabhängigen Staaten seiner vielfarbigen Gesamtrepublik einbeziehen will. Das wäre ein Vorwurf, der unhaltbar wäre, weil er in den Tatsachen nicht begründet ist. Wohl aber sollten diese Staaten, die das Vorgeladene Rußlands bilden, sozusagen das Glacé, politisch gleichgeordnet, also kommunistisch auf einen Nenner gebracht werden. Wo dieser Entwicklung noch Schranken gesetzt oder Hemmungen entgegengehalten sollen sie, sagen wir einmal, anplanieren werden. In Polen ist diese Politik der Angleichung bereits völlig durchgeführt. In Bulgarien wird im Augenblick gerade mit der Opposition Fraktur geredet. In Rumänien ist das gleiche Fall. In Jugoslawien und Albanien ist die kommunistische Bilanz schon seit längerer Zeit gezogen worden. In Ungarn ist man gerade dabei, reinen Tisch zu machen. Auch in Oesterreich knistert es bereits im Gebälk. Selbst die Tschechoslowakei bleibt von diesem sich ausbreitenden politischen Pfeil nicht unberührt. Die zufällige will es, daß während der Hitler-Zeit, die Slowaken wieder einmal das Staatsschiff abhoben und lärmend Selbständigkeitsgelüste laut werden lassen, die, wenn verwirklicht, die Tschechoslowakei auseinanderbrechen lassen würden. Der Präsident der Tschechoslowakei Herr Beneš, hat in einer öffentlichen Ansprache die beiden Völker seiner Nation beschworen, von solchen Versuchen Abstand zu nehmen, denn sonst würde die Tschechoslowakei ein Teil der Sowjetunion werden, was seiner Meinung nach weder für die Tschechen und Slowaken noch für die Russen von Vorteil sein könne. Wie weit die sowjetischen Kreise auch die russische Zone Deutschlands in den Rahmen dieser Sicherungspolitik einzuschalten beabsichtigen, ist eine Frage, die wir von deutscher Seite nicht beantworten vermögen, da unsere Antwort, sei es so, als voreingenommen angesehen werden würde. Wie dem auch sei, mit der Tatsache dieser immer weiter vorstehenden russischen Defensivpolitik haben wir, in der Abschätzung und Bewertung der deutschen Seite, nicht zu rechnen. In der gleichen Weise sehen wir die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Pfähle ihrer Defensivpolitik in Europa und Vorderasien Schritt für Schritt weiter abstecken. In den Bereich dieses diplomatischen Schachspiels fallen die Mittelkredite für Griechenland, für die Türkei und für Persien. Darin müssen auch die Oel-Abkommen mit den ar-

bischen Ländern und die immer wieder neuen Einsprüche Washingtons gegen die Vorgänge in Bulgarien, in Ungarn und sonstwo einbezogen werden. Gar nicht zu reden von dem Aufeinanderprallen der ost-westlichen Gegensätze in der Organisation der Vereinten Nationen und auf der Moskauer Konferenz. Eine weitere Wetterwolke zieht sich im Fernen Osten zusammen, wo über das Schicksal Koreas, wo über den Aufeinanderprallen der kommunistischen und der westlichen Zusammenbruch steht, nunmehr verhandelt werden soll, wo in der Mandschurei die chinesischen Nationaltruppen mit den Kommunisten in einem harten, bisher noch unentschiedenen Kampfe stehen. Das ist der politische Aspekt, der auch die anderen großen und mittleren Mächte, die ein Wort mitzusprechen haben werden, eines Tages zu einer klaren Stellungnahme zwingen werden, wenn ihre Versuche einer Überbrückung dieser gefährlichen Gegensätze sich als ergebnislos erweisen sollten. Allmählich zeichnen sich auch bereits die Konturen einer gewissen Mächtegruppierung ab. Der gesamte amerikanische Kontinent, von Alaska bis Argentinien, scheidet bereits militärpolitisch und wirtschaftlich, seine Reihen, Großbritannien scheidet sich, obwohl noch mit Rußland über die Verlängerung der Alliance diskutierend, mehr und mehr an die Seite Amerikas gedrängt, da die angelsächsischen Interessen nicht nur in Europa, sondern auch im Nahen und Fernen Osten parallel laufen. Und die anderen Mächte, voran Frankreich? In kluger Vorsicht warten sie noch den weiteren Verlauf dieses großen diplomatischen Spiels ab. Selbstsicher, wenn sie, zur rechten Stunde, das Wort ergreifen müssen.

Die Politik ist mehr oder weniger ein taktisches Mittel. Ein Ausbalancieren der Machtverhältnisse. Nicht zuletzt ein Ausfluß wirtschaftlicher Faktoren. Die aber überschreiten auch alles andere. Es geht zur Zeit nicht bloß um die Wirtschaft der einen oder der anderen Nation, des einen oder des anderen Kontinents, es geht um die Wirtschaft der ganzen Welt, um die Wirtschaft, deren Organismus durch und durch in Unordnung geraten ist und die daher nicht funktionieren will, und darüber hinaus um die Wirtschaftsstruktur, um die grundsätzliche Frage, ob totalitäre Kollektivwirtschaft oder kapitalistische Privatwirtschaft, wenn man von gewissen Zwischen- oder Übergangsformen absieht, um nicht den prinzipiellen Gegensatz dieser Wirtschaftsauffassungen zu verwischen. Es handelt sich somit auch hier um den wirtschaftspolitischen Kampf zwischen Ost und West. Das politische Vorgehen der Russen, in ihrer Sicherungsdefensive, zieht die wirtschaftliche Einordnung der betreffenden Staaten in das Kollektivsystem unweigerlich nach sich, und der defensive Gegenzug des Westens dient der Aufrechterhaltung des privatwirtschaftlichen Systems, das in Amerika gegenwärtig seinen stärksten Ausdruck findet. So reduziert sich das amerikanisch-russische Duell zu einem groß angelegten wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung. Die ganze amerikanische Wirtschaft, ja ihre ganze privatwirtschaftliche Struktur würde ins Wanken kommen, wenn sie vor dem Drucke Moskaus weichen und ihm ihre Bahn Europa und Asien lassen müßte. Ungezählte Milliarden haften in Form von Kriegs- und Wiederaufbau-Krediten

### Bisher nur immer wieder Anläufe

Von Erich Dombrowski

